Heinrich Olschowsky
Institut für Slawistik
Humboldt Universität
Berlin

Rückblick ohne Zorn und Lügen

Anmerkungen zu Marion Brandt: Für eure und unsere Freiheit? WEIDLER Buchverlag Berlin 2002, 611 Seiten.

Es wäre gewiß eine Übertreibung, wollte man behaupten, polnische Intellektuelle hätten der DDR oder ihrer Literatur besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht. Da waltete eher ein solides Desinteresse. Man war überzeugt, daß es die Mühe nicht lohne, hinter die Fassade der Propaganda zu schauen, weil doch jeder Ostdeutsche ohnehin nur das denkt, was im *Neuen Deutschland* steht. So jedenfalls ließ sich begründen, daß es in Polen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eins ums andere Mal offene Auflehnung gegen die Machthaber gegeben hat, während sich in der DDR nichts rührte. Unter den Intellektuellen im „roten Preußen“ herrschte Friedhofsruhe.

Diese These mochte Marion Brandt im Hinterkopf gehabt haben, als sie sich daran machte, „das Verhältnis von Schriftstellern aus der DDR zur Opposition und zu den Demokratiebewegungen in Polen“ zu beschreiben. Herausgekommen ist ein opulentes Werk. Eine an politischen Kriterien ausgerichtete literarische Beziehungsgeschichte unter dem Titel „Für eure und unsere Freiheit?“ — mit einem Fragezeichen, ob denn der freiheitliche Impuls auch angekommen sei. Der dezidiert politische Blickwinkel führte zwangsläufig zu Einseitigkeiten: Die Analysen literarischer Texte sind spärlich und ebnen die qualitativen Unterschiede zwischen einzelnen Autoren ein, zum anderen, nicht jeder Schriftsteller in der DDR war darauf zu verpflichten, zu politischen Vorgängen in Polen Stellung zu beziehen, aber wenn er das nicht tat, kommt er hier nicht vor.

Auf zwei folgenreiche Umbrüche der Nachkriegsgeschichte fokussiert sich die Arbeit; den „polnischen Oktober“ 1956 und die „Solidarność-Revolution” von 1980/81 samt Nachspiel in den 80er Jahren. Ein so unvermittelter Vergleich des politischen Selbstverständnisses von Intellektuellen in der DDR und Volkspolen erscheint gewagt, solange nicht geklärt wurde, auf welche Art und Weise beide Gruppen vom Verlauf und Ausgang des Krieges betroffen waren. Hierin nämlich lag im Wesentlichen die unterschiedliche Einstellung zur Sowjetunion begründet.

Mit der leitenden Frage, wie die Schriftsteller in der DDR die Höhepunkte der Demokratiebewegung in Polen wahrgenommen haben, versucht Verfasserin das Rätsel der

ungleichen Nachbarschaft, das immerhin vierzig Jahre dauerte, aufzuklären. Nachdem sich bisher hauptsächlich Zeithistoriker und Politologen dafür interessiert haben, tut es nun eine Literaturwissenschaftlerin und in der Tat ist es ein Bereich, wo sich Literatur und Politik überschneiden. Das sorgfältig recherchierte Material ist sehr umfangreich und oft neu. Neben bisher unveröffentlichten Archivalien (darunter Stasi-Akten), Briefen und Gesprächen sind es Protokolle, Dokumente, Publizistik und wenige Beispiele schöner Literatur. Meines Wissens sind hier zum ersten Mal Texte berücksichtigt, die in den 80er Jahren in der DDR außerhalb der Zensur in Umlauf gebracht worden sind. Als Problem erweist es sich, diese Materialfülle übersichtlich gegliedert darzubieten. Das fehlende Personenregister in einem Buch mit vielen Quer- und Rückverweisen erleichtert dem Leser nicht den Umgang mit ihm.

Marion Brandt ist auf die Aufgabe gut vorbereitet. Als Germanistin ist ihr die literarische Szene in beiden deutschen Staaten natürlich vertraut, und als ein Glücksfall zu betrachten sind ihre Kenntnisse der polnischen Sprache und Kultur. Durch ihre ostdeutsche Inkulturation besitzt sie ein sicheres Gespür für die strukturellen Analogien und realen Unterschiede in der politischen Kultur und der Kulturpolitik zwischen Polen und der DDR. Weder hat sie ein Interesse daran, das Establishment des ostdeutschen Schriftstellerverbandes vor unbequemen Vergleichen zu bewahren, noch braucht sie die politischen Dummheiten westdeutscher Linker ideologisch zu rechtfertigen. Sie verfügt also über hinreichend Nähe und Distanz, um sich an das anspruchsvolle komparatistische Unterfangen zu wagen. Ihr methodisches Rüstzeug stammt aus der Stereotypenforschung und der Imagologie, sie fügt es pragmatisch zu einem schlüssigen Verfahren. Historiker könnten einwenden, daß manche Ableitung von der Politik auf die Literatur zu kurzschlüssig erscheint, oder daß die pauschale Formel „Demokratiebewegung" die verschiedenen Akteure der beiden Umbrüche, 1956 und 1980/81, unzulässig vereinheitlicht. Auf der anderen Seite ist es verdienstvoll, daß Verf. Literatur und Politik zusammenbringt und nicht auf den aktuellen Zeithorizont beschränkt. Sie weiß um deren kulturgeschichtliche Voraussetzungen und untersucht die in der Vergangenheit geprägten Mentalitäten, mit den darin eingeschriebenen, heute kaum mehr bewußten, stereotypen Wahrnehmungsmustern. Einige davon arbeitete Verf. überzeugend heraus; z.B. die deutsche Abwehr der in Polen lebendigen Neigung zur gesellschaftlichen Selbstorganisation als ein Modell politischen Handelns. Es stützte sich auf den alten, in der Adelsrepublik begründeten Gegensatz von Staat und Gesellschaft, der in der Teilungszeit die Funktion nationaler Selbstbehauptung übernahm. Einer am aufklärerischen Etatismus Preußens geschulten Wahrnehmung flößte das Ängste vor Chaos und Anarchie ein. Es verletzte die Ordnungsvorstellung vom „guten Staat", dessen fürsorgliche Obrigkeit von den Untertanen Gehorsam einfordern darf. Immer neu abzurufen war das ambivalante Stereotyp „polnische Wirtschaft", das ein gefächertes Überlegenheitsgefühl nährte. Zwiespältig war die Einstellung der Deutschen zur polnischen Freiheitsliebe, die man zwar bewunderte, aber umgehend mit romantischer Unvernunft und Schrankenlosigkeit assoziierte. Schließlich

befremdete die starke Stellung des Katholizismus in der polnischen Kultur. Ob aus protestantischer, aufklärerischer oder marxistischer Perspektive, immer konnte ihm das Merkmal des Irrationalen bzw. Zurückgebliebenen zugeschrieben werden. Alle diese Muster wurden deutscherseits verschiedentlich aktualisiert und instrumentalisiert. Sie selektierten auch die Wahrnehmung ostdeutscher Intellektueller und konstituierten ein entsprechendes Selbst- und Fremdbild, das sich nach Generationszugehörigkeit stark unterschied.

Für den Schwerpunkt des Jahres 1956 bleiben die literarischen Textbeispiele am Rande. Sie gelten der Verf. hauptsächlich als Belege politischer Haltungen. Dabei scheint es, daß die Basis ideologischer Verständigung zwischen den jungen Intellektuellen der DDR und Polens damals größer gewesen war als später 1980. Wolfgang Harichs spektakuläre politische Plattform griff Ideen polnischer „Revisionisten" auf und Warschauer Philosophen und Soziologen, u.a. L. Kołakowski, J. Hochfeld, B. Baczko, Z. Baumann, T. Kroński, J. Szacki protestierten im Dezember 1956 in einem Schreiben an die „Deutsche Zeitschrift für Philosophie" gegen die Verhaftung des Chefredakteurs Harich und das Unglaubwürdige der Anklage. Im Berliner Wochenblatt *Sonntag* vermittelten die Redakteure Heinz Zöger und Gustav Just polnische Tauwetter-Literatur (Ważyks Gedichte und K. Brandys' Prosa) und übernahmen Vorstellungen eines demokratisch reformierten Sozialismus, der zur *res publica* aller Bürger werden sollte. Solche Ansichten waren gewagt, denn für die SED bedeutete Entstalinisierung in Polen die Konterrevolution. Die Berliner Redakteure, wie die Slavisten der Leipziger Universität und die Intellektuellen um E. Loest und G. Zwerenz traf bald die Rache von Ulbrichts Terrorjustiz; eine Aufstellung des Stasi zählt für das Jahr 1957 87 Verhaftungen von Schülern, Studenten, Lehrern, Assistenten, Dozenten, Journalisten und einem Studentenpfarrer auf. Die Urteile betrugen von 2,5 bis 10 Jahre Gefängnis. Mancher salvierte sich durch die Flucht nach Westdeutschland, andere gingen ins Exil nach Polen oder in die CSSR. Noch andere, wie die aufmüpfigen Wortführer des Klubs Junger Künstler (A. Müller, H. Kahlau, P. Wiens) gaben mit janusköpfigem Opportunismus den Forderungen der SED bzw. dem Druck der Stasi nach. An eine geistige Flurbereinigung, wie sie die Aufhebung der Doktrin des sozialistischen Realismus in Polen brachte, war fortan in der DDR nicht zu denken. Weder erreichte der Schriftstellerverband eine relative Autonomie von der Partei, noch gelang es eine kritische Öffentlichkeit durchzusetzen. Nach den Schauprozessen des Jahres 1957 galt Unterwerfung als vernünftiges Verhalten. Re-Ideologisierung beherrschte die kulturelle Szene, die kulturpolitischen Tendenzen beider Länder strebten auseinander.

Gleichsam den polnischen Blickwinkel einnehmend, stellt Verf. zu Recht das Fehlen einer von Schriftstellern getragenen Protestöffentlichkeit in der DDR fest. Auf die Gründe geht sie aber nicht hinreichend ein. Zwei Generationen vor allem dominierten die Nachkriegsliteratur. Die bekannteren Namen stellten die aus politischen oder rassischen Gründen Emigrierten (Brecht, Seghers, A. Zweig, Hermlin, Becher wie auch E. Bloch und H. Mayer). Sie hatten die

SBZ bzw. DDR bewußt gewählt, wegen ihrer linken Überzeugungen oder in Hinblick auf ihre Karriere. Man kann also nicht sagen, ihnen sei ein politisches System übergestülpt worden, das sie grundsätzlich nicht wollten, anders als in Polen, wo die Mehrheit der Intellektuellen die Übernahme sowjetischer Muster 1944/45 als Fremdherrschaft oder zweite Okkupation empfand. Da die Emigranten den eigenen Landsleuten, den Nazi-Mitläufern von gestern, mißtrauten, suchten sie die Nähe der neuen Macht und neigten zu der Ansicht, „daß ein befohlener Sozialismus besser ist als gar keiner“ (Brecht). Die jüngere Generation ehemaliger Wehrmachtsoldaten oder BDM-Mitglieder (Fühmann, de Bruyn, Ch. Wolf, B. Reimann) hatten das süße Gift der Nazi-Indoktrination geschluckt und fühlte sich nun historisch schuldig. Diese Schuld meinten sie durch eifrigen Antifaschismus abtragen zu müssen; es war ein Bestandteil der verordneten Lehre, welcher der eigenen Meinung und dem eigenen Gefühl entsprach. Solcher Eifer nach moralischer Sühne schloß bis zu einem gewissen Grad das Opfer der eigenen Urteilskraft mit ein. Sie wollten für das sozialistische Ideal glühen, wie es Neubekehrte tun, und wurden dadurch wehrlos gegenüber dem moderaten Stalinismus à la DDR. Obwohl sie unter der Spaltung der Nation litten, hielten ostdeutsche Schriftsteller sehr lange an der ideologischen Dichotomie fest, die sozialistische DDR sei die antifaschistische Alternative zum kapitalistischen Westdeutschland der Altnazis. Und obgleich sie das Fehlen einer kritischen Öffentlichkeit als Grundübel der eigenen Gesellschaft erkannten, verwarfen sie die Möglichkeit, eine solche mit Hilfe westdeutscher Medien zu erreichen. Eine Ausnahme bildete 1976 der Protest gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns – aber auch da hielten die „Petitionisten“ den sich anschließenden Massenprotest für unerwünscht.

Wenn polnische Schriftsteller ihre kritische Stimme erhoben, wie 1956, 1964, 1968 und später noch mehrfach, taten sie es nicht als Bittsteller. Sie traten mit doppelter Motivation auf; als Staatsbürger beanspruchten sie das verfassungsmäßige Recht auf freie Meinungsäußerung, als kulturelle Sachwalter der nationalen Tradition standen sie für die Bewahrung ihrer Werte und Würde ein. Von sozialistischer Ideologie war da nicht die Rede.

Immer wenn ein kritisches Anliegen von den Schriftstellern in der DDR öffentlich und kollektiv durchgestanden werden sollte, wurde es von der Parteiführung mit Strafandrohung unterbunden und zum Gegenstand eines „vertrauensvollen Gesprächs“ unter vier Augen umgebogen. Um jeden Preis wollten die Machthaber den öffentlichen Konflikt vermeiden und den Schein der Einmütigkeit wahren. Oft genug ließen sich gerade namhafte Autoren darauf ein, während die weniger Bekannten es mit der Polizei zu tun bekamen. Auch bei der Biermann-Petition traten die Erstunterzeichner nicht im Namen demokratischer Rechte oder der nationalen Kultur auf, sie beriefen sich auf „unseren sozialistischen Staat“, der gelassener als der „anachronistische“ westdeutsche einen unbequemen Dichter ertragen sollte. Mit anderen Worten, die Unterzeichner traten als Kritiker auf, aber im gleichen Atemzug empfahlen sie sich den Machthabern als exklusiver Zirkel im Grunde gleichgesinnter Gesprächspartner.

Was 1956 als Kluft in der Wahrnehmung des „polnischen Oktober“ durch die SED und die jungen Intellektuellen offen sichtbar geworden ist, hat sich 1980 nicht ohne weiteres wiederholt. Nun schien es, als hätten die SED-Parolen, die *Solidarność* sei konterrevolutionär, antisowjetisch und ein entspannungsfeindlicher Störenfried, im literarischen Milieu verfangen: Es herrschte Schweigen. Freilich, die kontrollierten Medien boten keinerlei Raum für eine sachliche Information und Diskussion.

Von paradoxer Symptomatik war die Tatsache, daß die von Stephan Hermlin mit offiziellem Segen initiierte *Berliner Begegnung*, ein internationales Friedensgespräch mit ost- und westdeutschen Teilnehmern, just am 13. Dezember 1981 in Ost-Berlin stattfand. Es war der Tag, an dem in Polen der Kriegszustand verhängt wurde und die Zerschlagung der *Solidarność* mit der Verhaftung ihrer Aktivisten einsetzte. Darüber sollte auf dem Treffen, nach dem Willen der Veranstalter, tunlichst nicht gesprochen werden. Außer Stefan Heym haben sich alle Teilnehmer aus der DDR daran gehalten. Eine erhebliche Fraktion im Schriftstellerverband übernahm willfährig die polenfeindlichen Parolen der Partei. Manche bejahten ausdrücklich ein militärisches Eingreifen: “wir werden diese Arbeit tun müssen, diese Konterrevolution zu zerschlagen“ (Benito Wogatzki, S.503). Wer die Errungenschaften des Sozialismus oder gar den Frieden durch die Danziger Arbeiter gefährdet sah, der fand im westdeutschen Schriftstellerverband bei Bernt Engelmann, Dieter Lattmann oder Erasmus Schöfer ein gleichlautendes Echo. Letzterer erklärte auf dem Kongreß des Verbandes 1983: „Welcher die Fakten prüfende Autor konnte nicht wissen, daß Solidarność wählen hieß: Bürgerkrieg wählen, Aufhebung des vergesellschafteten Eigentums (wie in Portugal und Chile vorgeführt), Auflösung des Warschauer Pakts, Krieg in Europa.“ (S.506)

Verdienstvollerweise sucht die Verf. auch hier die Differenzierung der literarischen Szene zu zeigen. Junge Autorinnen und Autoren (Uwe Kolbe, Lutz Rathenow, Monika Nothing und weitere wenig bekannte) drückten zumeist in Veröffentlichungen außerhalb der Zensur, manchmal in Verbindung mit kirchlichen Friedenskreisen, ihre Faszination für das polnische Freiheitsexperiment aus. Einige Schriftsteller, die nach Westdeutschland gegangen waren (W. Biermann, J. Fuchs, Helga M. Novak), deuteten die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft in Volkspolen als revolutionäre Chance für einen demokratischen Sozialismus.

Von den spärlichen in der DDR veröffentlichten literarischen Reflexen der Solidarność- Zeit stellt Verf. den Prosaband von Vera Friedländer *Mein polnischer Nachbar* (1986) heraus. Zu Recht, es war ein Politikum. Die biographisch gefärbten Parabeln erschienen zu einem Zeitpunkt, als jede um Objektivität bemühte Darstellung der polnischen Wirklichkeit aus Zeitungen und Büchern ausgesperrt war. Das Erscheinen hatte also seinen Preis und der wurde erwartungsgemäß entrichtet. Die Autorin setzte ihr dürftiges literarisches Vermögen dazu ein, das moralisch zu denunzieren, was am Ethos der Solidarność (besonders für Ostdeutsche) faszinierend war: Freiheit, gewaltloser Mut, persönliche und nationale Würde. Daraus machte sie einen Wettlauf um Privilegien und Konsumvorteile. Und das Apercu, in

Polen lasse sich leben, sofern man kein Protestant, Marxist oder Jude sei, bediente alle möglichen deutschen Stereotype gleichzeitig. Darauf setzte die Kulturpolitik.
Was zeigt die Arbeit von Marion Brandt Neues? Vor allem: Es gab keine Friedhofsruhe in der DDR, weder 1956 noch 1980. Die Wahrnehmung der polnischen Demokratiebewegung im intellektuellen Milieu Ostdeutschlands und eben auch Westdeutschlands war zwiespältig, widersprüchlich, von Wünschen und Ängsten, aktuellen Machtinteressen und historischen Vorurteilen zerrissen. Aufschlußreich ist dabei, wie die Verf. die Rolle des meist unterschwellig tradierten „antikatholischen Ressentiments“ in Deutschland aufdeckt. Gerade in Westdeutschland lieferte es manchem Liberalen und Linken den Vorwand, der *Solidarność*, dieser „katholischen Partei”, reaktionäre Irrationalität zuzuschreiben. Ihr gewaltloser Kampf ging um Arbeiterechte, um Bürgerrechte und um nationale Souverärnität. Geführt wurde er zum Verdruß standhafter Ideologen allerdings nicht unter der roten Fahne, sondern mit der schwarzen Madonna am Revers. Das weckte westlich der Oder und westlich der Elbe einträchtig törichte Irritationen. Welches Maß an Borniertheit und kultureller Ignoranz die SED-Funktionäre mit manchen Literatur-Funktionären Westdeutschlands vereinte, gehört zu den beklemmenden Einsichten, die diese Arbeit dokumentiert.

Auf die hypothetische Frage, wie hätten die Schriftsteller in der DDR auf eine bewaffnete Intervention, zu der Honecker bekanntlich drängte, reagiert – läßt sich eine eindeutige Antwort nicht finden. „Sie hätten möglicherweise geschwiegen”, lautet das nüchterne, etwas resignative Fazit der Verf. Zum Glück hat der Gang der Geschichte die Autorin und die Leser einer Antwort darauf enthoben. Eben so offen ist eine andere Frage: Haben die ostdeutschen Schriftsteller, die Intellektuellen realisiert, daß in dem Wagnis der Demokratiebewegung der Polen ihre Freiheit mitgemeint war? Im Rückblick wenigstens, ohne Zorn und Lügen, möchte man es bejahen.